



# Politik International

Nordamerika

## 75 Jahre NATO

## Die NATO- Diskussion in der US-Innenpolitik

Emma Lengel



---

## Zusammenfassung

Die Nordatlantische Vertragsorganisation NATO hat seit ihrer Gründung vor 75 Jahren eine bemerkenswerte Evolution durchlaufen. Ursprünglich als militärisches Bündnis zur Abschreckung der sowjetischen Bedrohung und zur Stabilisierung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, hat sich die NATO stetig an die sich wandelnden geopolitischen Herausforderungen angepasst.

Die Beziehung zwischen den USA und der NATO ist seit 75 Jahren von zentraler Bedeutung für die transatlantische Sicherheit. Die USA spielen eine führende Rolle in der Organisation und bieten den europäischen NATO-Staaten eine Sicherheitsgarantie. In den letzten Jahren gab es jedoch Herausforderungen durch ein Ungleichgewicht der Lasten und transatlantische Meinungsverschiedenheiten. Zudem gibt es in den USA verstärkt Debatten bezüglich der Hilfe gegenüber der Ukraine, sowie Meinungsunterscheidungen über die Rolle der NATO im Hinblick auf die Bedrohung Chinas.

Die US-Wahlen 2024 werden für die internationale Sicherheit entscheidend sein. Ein Sieg von Donald Trump wird vermutlich dazu führen, dass sich die USA zunehmend isolationistisch verhalten wird. Eine mögliche zweite Amtszeit von Präsident Biden wird das starke Engagement der USA in der NATO aufrechterhalten, gestützt durch ein klares Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung und zur Stärkung des Bündnisses.

---

<b>1. Einführung</b>	<b>2</b>
<b>2. Historischer Kontext</b>	<b>2</b>
2.1. Gründung der NATO	2
2.2. Ende des Kalten Krieges und 9/11	3
2.3. Die Weltwirtschaftskrise von 2007-08	4
2.4. Die Trump Regierung (2016-2020)	5
<b>3. Die Biden-Regierung</b>	<b>6</b>
3.1. Russlands Angriff auf die Ukraine	6
3.1.1 Was hält die Öffentlichkeit von US-Hilfe für die Ukraine	9
3.2. Konkurrenzkampf mit China	11
3.2.1. Was hält die Öffentlichkeit von Chinas Bedrohung	13
<b>4. Wahl 2024: Aussichten für die Zukunft</b>	<b>14</b>
4.1. Wie könnte eine zweite Amtszeit Trumps auf das Engagement der NATO und die internationalen Beziehungen auswirken?	14
4.2. Wie könnte sich eine zweite Amtszeit Bidens auf das Engagement der NATO und die internationalen Beziehungen auswirken?	15
Quellen	16
Über den Autor	18
Über die Region	18
Impressum	18

## 1. Einführung

Seit ihrer Gründung vor 75 Jahren ist die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO) ein Grundpfeiler der amerikanischen Außenpolitik und der transatlantischen Beziehungen. Im Laufe ihrer Geschichte hat die NATO den Fall der Berliner Mauer, das Ende des Kalten Krieges und in jüngster Zeit die russische Invasion in der Ukraine miterlebt. In der Tat hat die NATO in den letzten 75 Jahren eine Schlüsselrolle in der amerikanischen und globalen Geopolitik gespielt.

Die Einheit der NATO ist in letzter Zeit stark in Frage gestellt worden: Die Verachtung der Grundsätze der Organisation durch den ehemaligen US-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten, Donald Trump, sowie die Aussage des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die NATO sei „hirntot“, wecken Bedenken hinsichtlich des internen Zusammenhalts des Bündnisses. Die Beitritte Schwedens und Finnlands sind jedoch ein Zeichen der Hoffnung.

In diesem Artikel wird zunächst ein Überblick der Entwicklung der NATO gegeben und die gegenwärtigen amerikanischen Perspektiven in Bezug auf die NATO, insbesondere im Kontext des Kriegs gegen die Ukraine und der wachsenden Bedrohung durch China, dargelegt. Danach wird ein Ausblick auf die bevorstehenden Wahlen gegeben, einschließlich des Einflusses einer zweiten Amtszeit von Biden oder Trump auf das Engagement der USA in der NATO sowie darauf, wie sich die EU und Deutschland auf diese möglichen Auswirkungen vorbereiten können.

## 2. Historischer Kontext

### 2.1. Gründung der NATO

Die NATO wurde 1949 vor allem als Gegengewicht der wachsenden Bedrohung durch die damalige Sowjetunion gegründet. Sie spiegelte auch die umfassenden Ziele der USA für das Europa der Nachkriegszeit wider: die Verhinderung eines weiteren nationalistischen Militarismus in Europa. Deshalb schien es notwendig, eine kontinuierliche nordamerikanische Militärpräsenz auf dem Kontinent zu schaffen. Darüber hinaus diente die NATO als Katalysator und Hilfe für die europäische Integration, indem sie die Zusammenarbeit und Stabilität in der Region förderte. Diese Ziele spiegeln sich in der Erklärung von Präsident Truman nach der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags wider:

“By this treaty, we are not only seeking to establish freedom from aggression and from the use of force in the North Atlantic community, but we are also actively striving to promote and preserve peace throughout the world”

“Mit diesem Vertrag wollen wir nicht nur die Freiheit von Aggression und Gewaltanwendung in der nordatlantischen Gemeinschaft herstellen, sondern auch aktiv den Frieden auf der ganzen Welt fördern und erhalten.”

Harry S. Truman, President of the United States, 24. August 194

Die Ziele, die zur Gründung der NATO führten, bedeuteten eine deutliche Abkehr vom Isolationismus der USA, der angesichts der wachsenden kommunistischen Bedrohung in Europa an Popularität verlor. Ein Beleg dafür ist die Truman-Doktrin, die 1947 eingeführt wurde.

### Infobox

#### Die Truman-Doktrin

Die Truman-Doktrin wurde als Reaktion auf die wahrgenommene Bedrohung durch den sowjetischen Expansionismus nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Sie verpflichtete die USA zur politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung demokratischer Nationen, die sich kommunistischen Aufständen oder sowjetischem Druck ausgesetzt sahen. Man befürchtete, dass ein kommunistischer Sieg einen Dominoeffekt auslöst. Die Doktrin begann mit einem Antrag an den Kongress auf 400 Millionen Dollar Hilfe für Griechenland und die Türkei. Während sich Griechenland in einem Bürgerkrieg gegen kommunistische Rebellen befand, versuchte die Sowjetunion, die Kontrolle über die strategischen Meerengen in der Türkei zu erlangen. Truman konnte den Kongress erfolgreich dazu bewegen, beiden Ländern Hilfe zu gewähren. Dies war der Beginn der Eindämmung des Kommunismus in Europa und der ganzen Welt [1].

Obwohl die NATO gegründet wurde, um die euro-atlantische Stabilität zu fördern und demokratische Freiheiten zu schützen, hat sie weitreichendere Auswirkungen entfaltet. Sie führte zur Bildung des mächtigsten Bündnisses der Welt, das nicht nur durch seine militärische Stärke, sondern auch durch seine wirtschaftliche Potenz, Bevölkerungszahl und allgemeinen Einfluss definiert wird. Diese Entwicklungen haben die Integration zwischen den USA und Europa gestärkt und die transatlantische Bindung als Grundpfeiler der globalen Sicherheitsarchitektur gefestigt.

### 2.2. Ende des Kalten Krieges und 9/11

Nach dem Ende des Kalten Krieges verlagerte sich der Schwerpunkt der NATO. Die NATO sollte nicht mehr ausschließlich die Sowjetunion abschrecken, sondern sich funktional und geographisch erweitern. Nach dem Terrorangriff in New York am 11. September 2001, leitete Präsident George W. Bush den „Global War on Terrorism“ ein, eine globale Militärkampagne, die sich hauptsächlich gegen militante islamistische Bewegungen wie die Al-Qaida, den Taliban und das baathistische Regime richtet. Zudem trat die NATO zu einer Notsitzung zusammen in der sich zum ersten und einzigen Mal in ihrer Geschichte NATO auf Artikel 5 berief. Alle 18 Verbündeten der Vereinigten Staaten erklärten, dass sie die Reaktion der USA auf die Anschläge unterstützen würden. Anschließend zogen die NATO-Verbündeten nach Afghanistan, um sicherzustellen, dass das Land nicht wieder zu einem sicheren Zufluchtsort für internationale Terroristen wird, die Anschläge auf NATO-Mitgliedstaaten verüben. Dies war der erste „out-of-area“ Einsatz der NATO [2].

Seit 2004 hat das Bündnis Einsätze außerhalb des traditionellen NATO-Gebiets zur Terrorismusbekämpfung im östlichen Mittelmeer durchgeführt, 200 Soldaten nach Irak entsandt, um die neue irakische Armee und Polizei auszubilden, und NATO-Kriegsschiffe zur Überwachung der Schifffahrtswege vor der somalischen Küste entsandt, um die zunehmende Piratengefahr in diesem Gebiet zu bekämpfen und die Operation Allied Provider zu unterstützen.

## Infobox

### Artikel 5 des Nordatlantikvertrags

“The Parties agree that an armed attack against one or more of them in Europe or North America shall be considered an attack against them all and consequently they agree that, if such an armed attack occurs, each of them, in exercise of the right of individual or collective self-defence recognized by Article 51 of the Charter of the United Nations, will assist the Party or Parties so attacked [...]” [3]

“Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffes jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechtes der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, [...]” [4]

### 2.3. Die Weltwirtschaftskrise von 2007-08

Die Weltwirtschaftskrise führte zu einer Kürzung der Investitionen in die NATO durch Mitgliedsstaaten, die mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatten. Dies machte die NATO nicht nur anfällig für potenzielle Bedrohungen, sondern führte auch zu einer weiteren Belastung der transatlantischen Beziehungen. Zu diesem Zeitpunkt entfielen 72 % der finanziellen Last der kollektiven Verteidigung auf die Vereinigten Staaten. Gleichzeitig hatten viele Mitglieder zunehmend Schwierigkeiten, das zuvor vereinbarte Ziel, 2% ihres BIP für die Verteidigung auszugeben, zu erreichen. Daraufhin forderten die Vereinigten Staaten eine gerechtere Verteilung der finanziellen Verantwortung eine stärkere Beteiligung ihrer Verbündeten [5].

## 2.4. Die Trump-Regierung (2016-2020)

Die Beziehung zwischen der NATO und den Vereinigten Staaten wurden während der Trump-Administration erheblich belastet. Schon vor seinem Amtsantritt hatte Donald Trump seine Unzufriedenheit mit dem NATO-Bündnis geäußert und die Asymmetrie der finanziellen Beiträge betont. Während seiner gesamten Präsidentschaft sprach er sich für konditionierte Verpflichtungen aus (d. h. die Unterstützung der USA wäre von den Beiträgen der NATO-Mitglieder abhängig) und drohte sogar damit, die NATO ganz zu verlassen, da sie aufgrund ihrer mangelnden Wirksamkeit bei der Terrorismusbekämpfung "überflüssig" sei.

Die Drohung, die Unterstützung gemäß Artikel 5 des NATO-Gründungsvertrags von den finanziellen Verpflichtungen der Verbündeten abhängig zu machen, hat die NATO-Verbündeten besonders beunruhigt, da sie Artikel 5 als bedingungslose Sicherheitsgarantie verstehen [6].

Zusätzlich zu seiner Kritik am mangelnden Engagement der NATO-Verbündeten traf Trump eine Reihe unilateraler außenpolitischer Entscheidungen, die die transatlantischen Beziehungen weiter belastet haben, wie beispielsweise die Verhängung extraterritorialer Sanktionen, den Rückzug aus dem Iran-Atomabkommen, die Kündigung des INF-Vertrags (Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen) sowie die Reduzierung der Truppenpräsenz in Syrien und Deutschland [7].

### Infobox

#### Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF)

Der 1987 eingeführte INF-Vertrag (Intermediate-Range Nuclear Forces) verpflichtete die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, ihre gesamten nuklearen und konventionellen bodengestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern zu eliminieren und dauerhaft abzuschaffen. Dies war das erste Mal, dass sich Großmächte darauf einigten, ihre Atomwaffen deutlich zu reduzieren, und führte dazu, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bis zum 1. Juni 1991 insgesamt 2.692 Kurz-, Mittel- und Mittelstreckenraketen zerstörten [8].

**Infobox****Iran-Atomabkommen**

Das Iran-Atomabkommen, das offiziell als Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) bekannt ist, wurde im Juli 2015 von Iran, den Vereinigten Staaten, China, Frankreich, Russland, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und der Europäischen Union vereinbart. Das Abkommen sah vor, dass der Iran einen Großteil seines Atomprogramms abbaut und seine Anlagen im Gegenzug für eine milliardenschwere Lockerung der Sanktionen für umfassendere internationale Inspektionen öffnet [9].

Trotz der Herausforderungen, die sich aus Trumps Handeln ergaben, brachten NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und US-Akteure außerhalb des Weißen Hauses einen Ausgleich. Darüber hinaus führte Transatlantischer Druck die Verbündeten dazu, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Die verstärkte Konzentration der Vereinigten Staaten auf den Wettbewerb der Großmächte die NATO, veranlasste sie dazu, den potenziellen Gefahren, die vom Aufstieg Chinas ausgehen, mehr Aufmerksamkeit zu schenken [10].

**3. Die Biden-Regierung**

Seit seiner Wahl im Jahr 2020 hat sich **Präsident Joe Biden** konsequent für das Engagement der USA für die NATO und ihren Grundsatz einer kollektiven Verteidigung gemäß Artikel 5 ausgesprochen. Diese Meinung wird auch von vielen US-Politikern geteilt, auch wenn es Debatten über den Umfang dieser Unterstützung gibt [11].

Einige äußern jedoch Besorgnis über eine mögliche Ausweitung des Aktionsradius der NATO über ihren eigentlichen Zweck der Bündnisverteidigung. Die Begründung für Maßnahmen außerhalb des NATO-Gebiets werden von politischen Akteuren in Frage gestellt, die die Notwendigkeit eines begrenzten Ansatzes bei internationalen Aktivitäten betonten. Darüber hinaus wird das Thema der Lastenteilung von den politischen Entscheidungsträgern in den USA weiterhin aufmerksam verfolgt, wie die Debatte über die Hilfe für die Ukraine zeigt.

**3.1. Russlands Angriff auf die Ukraine**

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die NATO die Ukraine konsequent unterstützt und ihr militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe geboten, indem sie Waffen lieferte, die osteuropäische Verteidigung mit Truppen verstärkte und Sanktionen gegen Russland verhängte [12].



Die Biden-Regierung hat sich ausdrücklich dafür eingesetzt, die Ukraine in ihrem Kampf gegen die russische Offensive zu unterstützen, und hat die Notwendigkeit einer einheitlichen Reaktion der NATO hervorgehoben: "Gemeinsam sendet die NATO eine starke Botschaft, dass Putin uns nicht spalten wird. Wir werden zusammenstehen, um unsere Freiheit und unsere Demokratien zu verteidigen". Diese Erklärung wurde von Außenminister Antony Blinken aufgegriffen, der auf die Bereitstellung von militärischer Ausrüstung und Ausbildung durch die NATO-Verbündeten zur Unterstützung der ukrainischen Verteidigung sowie auf die Bedeutung einer einheitlichen NATO-Front hinwies, nicht nur für die Ukraine, sondern für die Sicherheit des gesamten Bündnisses [13]. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg betonte in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Januar 2024 die entscheidende Rolle des Bündnisses: "Wir haben gesehen, dass die Ukraine durch diese Unterstützung tatsächlich große Erfolge erzielen konnte" [14].

Ein direktes Eingreifen in der Ukraine lehnt die USA ab. Die Befürchtung ist, dass jede direkte Beteiligung einen größeren Konflikt auslösen könnte. Präsident Biden hat deutlich gemacht, dass es keine Stationierung von NATO-Truppen in der Ukraine geben wird. Diese Position wurde von anderen NATO-Mitgliedern und auch von Stoltenberg bestätigt [15]. Der Kongress und die Exekutive sind sich bewusst, dass ein größerer Konflikt verheerende Folgen haben könnte. Der Schwerpunkt liegt daher nach wie vor auf der Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine, der Einhaltung der kollektiven Verteidigungsverpflichtungen der NATO und der Abschreckung weiterer russischer Aggressionen.

Viele haben darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russische Offensive zu unterstützen. Sprecher des Repräsentantenhauses Mike Johnson (R-LA) hob dies hervor und erklärte: "Ich denke, dass die Bereitstellung von lebenswichtiger Hilfe für die Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt von entscheidender Bedeutung ist. [...] Ich glaube wirklich an die Information und die Briefings, die wir bekommen haben. Ich glaube, dass Xi, Wladimir Putin und der Iran wirklich eine Achse des Bösen sind" [16]. Diese Ansicht wird auch von Akteuren wie Senator Mitch McConnell (R-KY) unterstützt, der erklärte: "Die Führungsrolle der Vereinigten Staaten ist nach wie vor die wesentliche Kraft hinter dem Frieden und dem Wohlstand, den Generationen von Amerikanern genießen. Und dieses enorme Kapital erfordert unsere Aufmerksamkeit und unsere Investitionen" [17].

Die Unterstützung für die Ukraine ist jedoch nicht unumstritten, und es gibt anhaltende Debatten darüber, wie diese Unterstützung aussehen sollte. Außerdem ist die Debatte nicht parteiübergreifend. In der republikanischen Partei gibt es eine Spaltung zwischen jenen Republikanern, die die Ansichten der ehemaligen Präsidenten Eisenhower und Reagan teilen und die Rolle der USA als Weltmacht unterstützen, und jenen, die der "America First"-Philosophie des ehemaligen Präsidenten Trump folgen. Es gibt einige Demokraten, die sich gegen Interventionismus aussprechen, doch zeigt sich die Demokratische Partei in ihrer Haltung zur Unterstützung der Ukraine wesentlich einheitlicher. Obwohl auch Progressive wie Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez (D-NY) oder Senator Bernie Sanders (I-VT) einem militärischen Engagement zurückhaltend gegenüberstehen.

Die Demokratische Partei ist sich zwar weitgehend einig über das Engagement in der Ukraine, doch die konservativen Republikaner im Repräsentantenhaus blockierten alle Hilfsgesetze, die keine Mittel für die Verstärkung der südlichen US-Grenze vorsehen. Am Rande eines Regierungsstillstands im September 2023 twitterte **Senator Rand Paul (R-KY)**, ein Isolationist: "Um einen Regierungsstillstand zu vermeiden, werde ich einer beschleunigten Abstimmung über eine saubere Bewilligung ohne Ukraine-Hilfe zustimmen. Wenn die Führung darauf besteht, die Regierung eines anderen Landes auf Kosten unserer eigenen Regierung zu finanzieren, liegt die ganze Schuld bei ihrer Unnachgiebigkeit" [18].

Am 13. Februar 2024 verabschiedete der Senat einen Gesetzentwurf über 95,3 Milliarden Dollar für die Auslandshilfe, darunter rund 60 Milliarden Dollar für die Ukraine. **Senatorin Lisa Murkowski (R-AK)**, eine international-orientierte Republikanerin, kritisierte die republikanische Partei, nachdem sie für die zusätzlichen Verteidigungsausgaben des Senats gestimmt hatte, und erklärte: "Ich bin lange genug im Senat, um zu sehen, wie sich unsere Partei weg von einer Gruppe entwickelt hat, in der es uns Republikanern nur um Verteidigung, nationale Sicherheit und die Unterstützung unserer Verbündeten ging - Abschreckung ist unser bester Ansatz", und fügte hinzu: "Wie es scheint, gibt es jetzt mehr Demokraten, die diesen Ansatz der nationalen Sicherheit durch Bündnisse mit anderen Ländern aufgreifen" [19].

Der **Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson**, legte am 17. April 2024 einen Gesetzesentwurf vor, der der Ukraine rund 61 Milliarden Dollar an Hilfe zukommen lassen würde, davon über 9 Milliarden Dollar in Form von "erlassbaren Krediten". Johnson hatte sich in immer dringlicheren Worten über die Ukraine und die Konfrontation mit Amerikas globalen Gegnern geäußert, aber eine Entscheidung monatelang hinausgezögert, da die Republikaner nur über eine knappe Mehrheit verfügten und seine eigene Position als Mehrheitsführer gefährdet war [20]. Bei der Einbringung des Gesetzentwurfes setzte er sich über die Einwände von GOP-Kollegen hinweg, die Bestimmungen zur Grenzsicherung forderten, und wandte sich stattdessen an die Demokraten, um die entscheidenden Stimmen zu erhalten, damit die Maßnahme vorangebracht und dann verabschiedet werden konnte. Der **Kongressabgeordnete Matt Gaetz (R-FL)**, ein Isolationist und lautstarker Gegner von Hilfslieferungen an die Ukraine, reichte einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf über die Ukraine-Hilfe ein, der vorsieht, dass das Geld, das die USA von der Ukraine zurückerhält, für den Bau einer Mauer an der Grenze zwischen den USA und Mexiko verwendet wird.

Das Repräsentantenhaus verabschiedete am 20. April den Gesetzentwurf des Senats in Höhe von 95 Mrd. Dollar, was einen bedeutenden Sieg für die demokratische Partei und die Regierung Biden darstellt. Nachdem der Senat am 23. April mit der Prüfung des Gesetzentwurfs begonnen hat, werden die Maßnahmen voraussichtlich rasch verabschiedet werden.

Nach einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky im März 2024 erklärte **Lindsey Graham (R-SC)**, ein entschiedener, aber bedachter Befürworter der Ukraine: "Ich war sehr direkt mit Präsident Zelensky. Sie können von mir erwarten, dass ich immer auf Ihrer Seite stehe, aber es ist nicht unfair von mir, Sie und andere Verbündete zu bitten: Zahlen Sie es uns später zurück, wenn Sie können", und fügte hinzu: "Ich denke, die Idee eines Darlehens wird nicht nur bei den Republikanern, sondern auch bei den Demokraten sehr beliebt sein" [21].

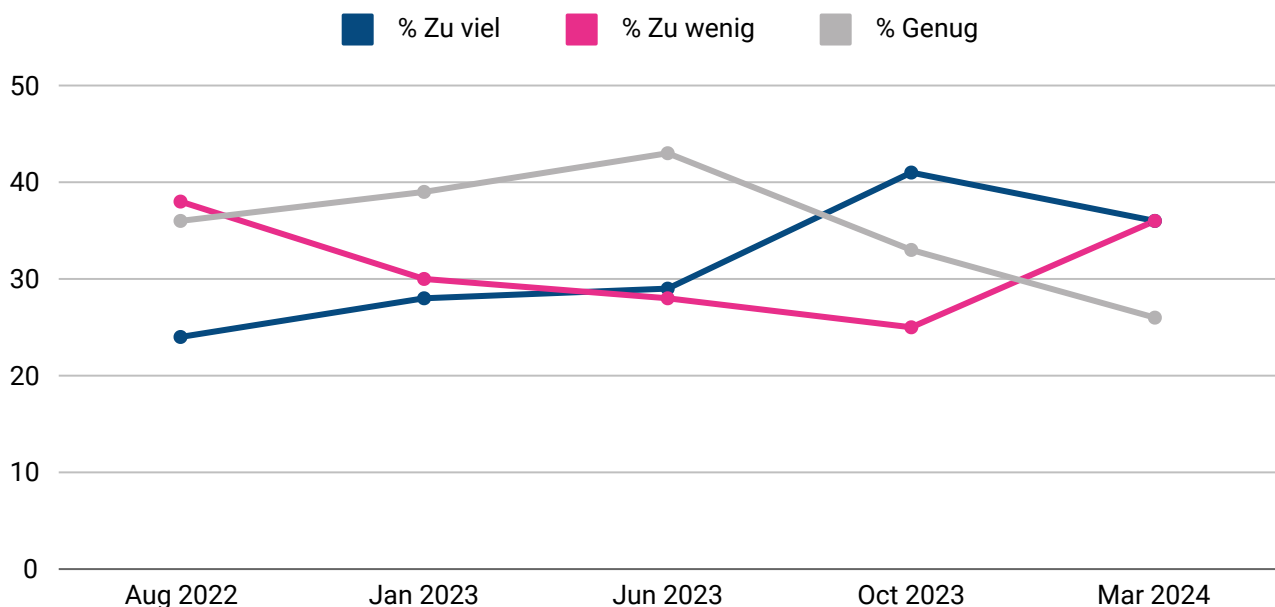
Darüber hinaus forderte er Zelensky auf, ein Gesetz zu verabschieden, das mehr Bürger zum Kampf gegen Russland einberufen würde. Als Reaktion auf sein Treffen mit Zelensky sah sich Graham mit Gegenreaktionen von Wissenschaftlern und Politikern konfrontiert. **Eric Chenoweth**, Direktor des **Institute for Democracy in Eastern Europe**, schrieb auf X: "Graham mischt sich in die Durchführung der US-Außenpolitik ein, indem er direkt mit Zelensky verhandelt" [22].

### 3.1.1. Was hält die Öffentlichkeit von US-Hilfe für die Ukraine

Die öffentliche Meinung zur US-Hilfe für die Ukraine zeigt zwar einen allgemeinen Konsens der Unterstützung, aber auch Vorbehalte. Ähnlich wie bei den politischen Entscheidungsträgern zeigen die Ergebnisse der Gallup-Umfrage vom 1. bis 17. März 2024, die kurz nach der Verabschiedung des 60-Milliarden-Dollar-Hilfspakets durch den Senat durchgeführt wurde, dass die Öffentlichkeit die Fortsetzung der Hilfe zu befürworten (rund 50 %), sich aber auch besorgt über die finanzielle Belastung, die damit verbunden ist, zeigt. Die Umfrage zeigt auch einen Anstieg unter den Amerikanern, die der Meinung sind, dass die USA nicht genug für die Ukraine tun, während der Anteil derer, die glauben, dass die USA zu viel tun, zurückgegangen ist [23].

#### Graphik 1 Die Anzahl der Amerikaner die meinen die USA hilft der Ukraine nicht genug steigt

Antworten auf die Frage: "Wenn Sie an den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine denken, denken Sie, dass die Vereinigten Staaten zu viel, zu wenig oder das richtige Maß an Hilfe für die Ukraine tun?"

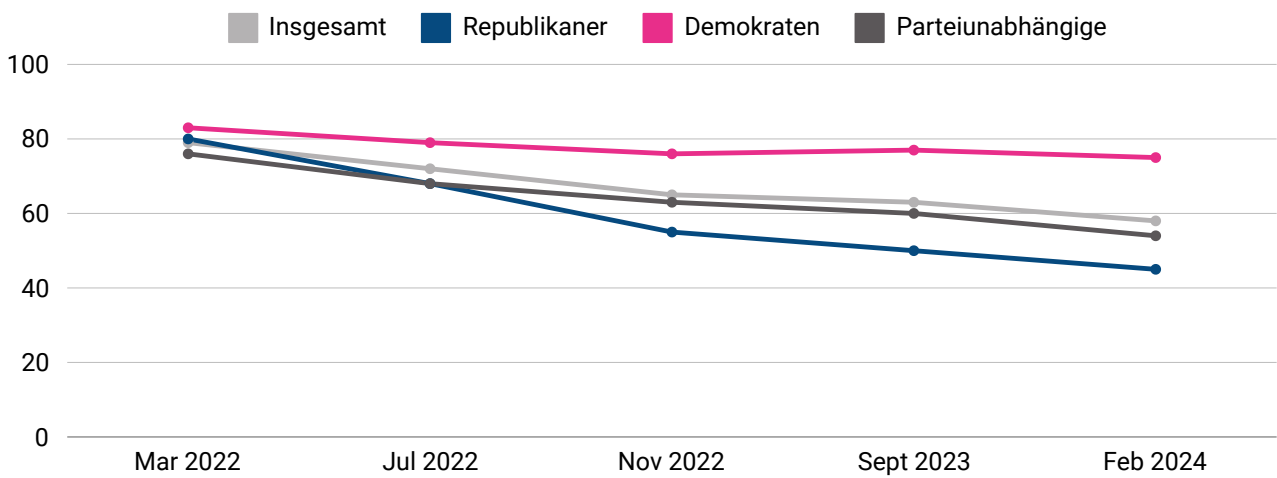


\* Die pinke Linie zeigt die Prozentzahl derjenigen, die finden, dass die US-Regierung der Ukraine zu viel hilft, die dunkelblaue Linie zeigt die Prozentzahl derjenigen, die der Meinung sind, dass die US-Regierung der Ukraine mehr Unterstützung leisten soll, und die dunkelblaue Linie steht für die die meinen, dass die US-Regierung genug hilft.  
Quelle: Ergebnisse einer 2024 von Gallup durchgeführten Umfrage

Die Studie des Chicago Council on Global Affairs zeigte ebenso wie die Ergebnisse der Gallup-Umfrage, dass sechs von zehn Amerikanern die Unterstützung der Ukraine befürworten, sei es durch wirtschaftliche Hilfe oder militärische Lieferungen und Waffen. Die Unterstützung ist jedoch parteiabhängig: 75 % der Demokraten befürworten militärische Hilfe, 53 % der Republikaner lehnen sie ab. Die Studie ergab auch, dass die Unterstützung für wirtschaftliche Hilfe seit März 2022 von 78 % auf 58 % zurückgegangen ist. Ein ähnlicher Trend besteht bei der Unterstützung für Waffenlieferungen [24].

### Graphik 2 Unterstützung der Waffenlieferungen an die Ukraine

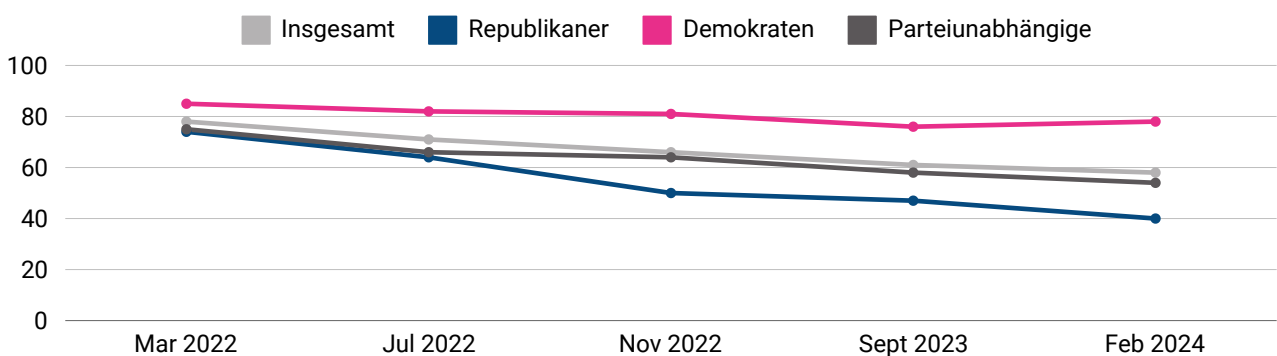
Würden Sie befürworten, dass die Vereinigten Staaten: Zusätzliche Waffen und Militärgüter an die ukrainische Regierung zu liefern?



Quelle: Ergebnisse einer 2024 von dem Chicago Council on Global Affairs durchgeführten Umfrage  
Die Graphik beschreibt den Anteil derjenigen, die zusätzliche Waffenlieferungen unterstützen

### Graphik 3 Unterstützung Wirtschaftlicher Hilfe für die Ukraine

Antworten auf die Frage: Würden Sie Wirtschaftshilfe gegenüber der Ukraine unterstützen?

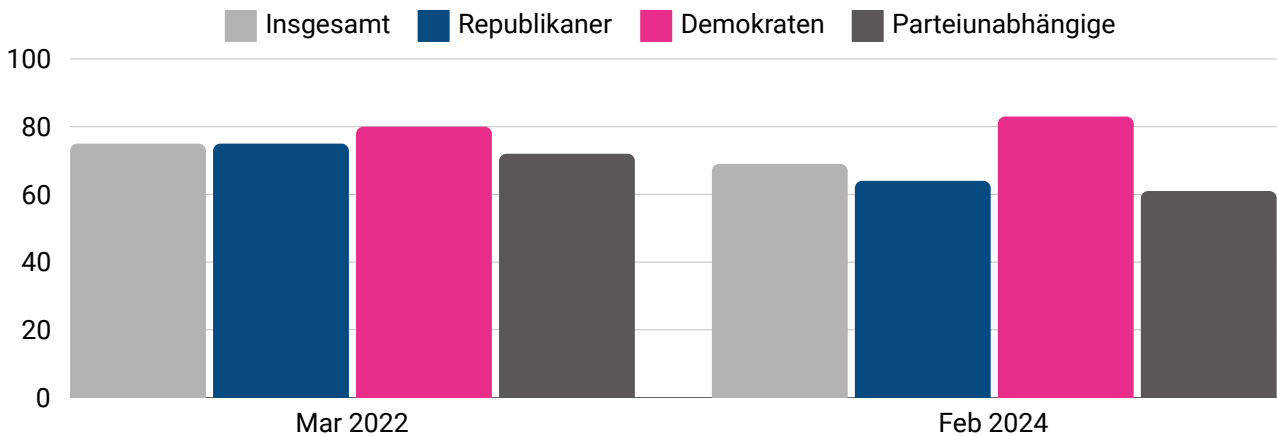


Quelle: Ergebnisse einer 2024 von dem Chicago Council on Global Affairs durchgeführten Umfrage  
Die Graphik beschreibt den Anteil derjenigen, die zusätzliche Wirtschaftliche Hilfe unterstützen

Trotz des leichten Rückgangs der Unterstützung und der parteipolitischen Unterschiede stellte die Studie fest, dass die parteiübergreifende Mehrheit zwar weiterhin die Aufnahme der Ukraine in die NATO unterstützt, allerdings die Entsendung von US-Truppen in die Ukraine ablehnt [25].

#### Graphik 4 Unterstützung für die Aufnahme der Ukraine in die NATO

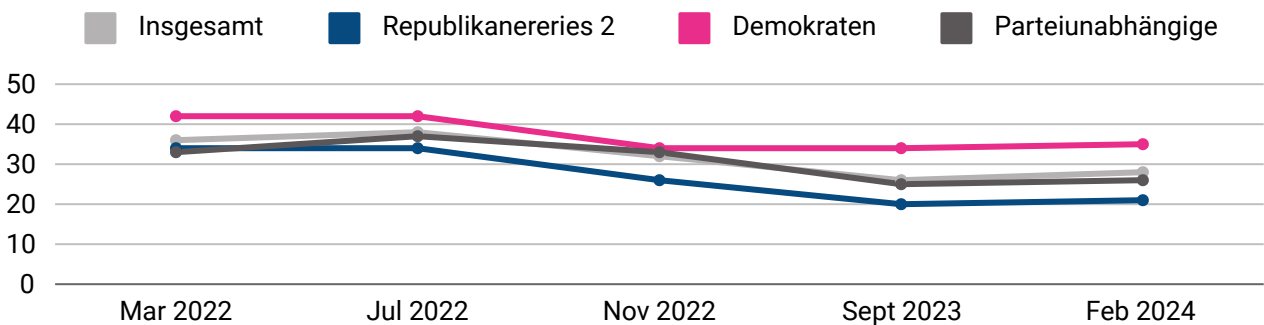
Antworten auf die Frage: Würden Sie die Vereinigten Staaten in Bezug auf die Situation zwischen Russland und der Ukraine unterstützen?



Quelle: Ergebnisse einer 2024 von dem Chicago Council on Global Affairs durchgeführten Umfrage  
Die Graphik beschreibt den Anteil derjenigen, die die Aufnahme der Ukraine in die NATO unterstützen

#### Graphik 5 Unterstützung für die Entsendung von US-Truppen in die Ukraine

Antworten auf die Frage: Würden Sie die Entsendung von US-Truppen in die Ukraine, um die ukrainische Regierung bei der Verteidigung gegen Russland unterstützen?



Quelle: Ergebnisse einer 2024 von dem Chicago Council on Global Affairs durchgeführten Umfrage  
Die Graphik beschreibt den Anteil derjenigen, die die Entsendung von US-Truppen in die Ukraine unterstützen

Auf die Frage, ob die Sicherheitsbeziehungen zwischen den USA und der Ukraine die nationale Sicherheit der USA stärken oder schwächen würden, sind die Republikaner geteilter Meinung (47% zu 46%), während eine Mehrheit der demokratischen Teilnehmer (60%) glaubt, dass sie die Sicherheit der USA stärken [26].

Eine weitere Umfrage von dem Chicago Council on Global Affairs ergab, dass, ähnlich wie bei den Republikanern im Haus, nur Minderheiten der Trump-Republikaner fortlaufende wirtschaftliche (33 %) und militärische Hilfe (40 %) befürworten [27].

### 3.2. Konkurrenzkampf mit China

Obwohl die NATO als euro-atlantisches Bündnis mit dem Ziel gegründet wurde, die Sicherheit und Stabilität in Europa zu stärken, hat das Bündnis in den letzten Jahren seine Aufmerksamkeit zunehmend nach China gerichtet. Chinas zunehmender Einfluss und seine globale hegemonialen Ansprüchen haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten dazu veranlasst, sich mit den Herausforderungen entgegenzutreten, die Chinas wachsende Stellung im Weltsystem mit sich bringt. Auf dem Londoner NATO Gipfel 2019 erkannten die Staats- und Regierungschefs an, dass "Chinas wachsender Einfluss und seine internationale Politik sowohl Chancen als auch Herausforderungen darstellen" [28]. Dies wurde 2021 im Kommuniqué des Brüsseler NATO Gipfels aufgegriffen und erweitert mit den Worten, dass Chinas Verhalten eine "systemische Herausforderung" für die internationale Ordnung darstelle, beispielsweise durch die Ausweitung des Atomwaffenarsenals, die militärische Zusammenarbeit mit Russland und dem selbstbewussten Auftreten im Weltraum und Cyberspace [29].

Trotz der zunehmenden Bedrohung, die vom Aufstieg Chinas ausgeht, betrachtet die NATO China nicht als direkten Gegner. Das Bündnis hat die Bedeutsamkeit der Aufrechterhaltung eines offenen Dialogs betont, was durch das Treffen von Generalsekretär Jens Stoltenberg mit dem chinesischen Außenminister im Jahr 2022 unterstrichen wurde [30]. Dies spiegelt die komplexen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China wider. Für die NATO bedeutet dies, dass sie ein Gleichgewicht zwischen den Bedrohungen und den Chancen finden muss, die mit dem Aufstieg Chinas einhergehen.

Die Vereinigten Staaten betrachten China als einen strategischen Konkurrenten und als die wichtigste langfristige Herausforderung für die internationale Ordnung. Diese Besorgnis ergibt sich aus der militärischen Modernisierung Chinas, sein selbstbewusstes Auftreten im Südchinesischen Meer und seinen geostrategischen Ambitionen. Vor allem Chinas Verhalten gegenüber Taiwan beunruhigt Amerikanische Gesetzgeber, weshalb die USA sich aktiv für eine robuste NATO-Strategie einsetzt.

Im Gegensatz zu den USA, wird Taiwan in der EU als Teil von China angesehen. Darüber hinaus betrachten die europäischen NATO-Mitglieder Russland aufgrund der geografischen Nähe und der historischen Erfahrung als die unmittelbarere Sicherheitsbedrohung. Außerdem sind die europäischen Volkswirtschaften enger mit China verflochten, weshalb sie den Dialog und die Zusammenarbeit bevorzugen.

Dies führt zu unterschiedlichen Prioritäten innerhalb der NATO. Während die USA eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben und eine mögliche Ausweitung der Reichweite der NATO auf den indopazifischen Raum befürworten, zeigt Europa sich zurückhaltender. Hier haben konventionellen Streitkräfte für die europäische Verteidigung Vorrang während gleichzeitig Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen einer Konfrontation mit China bestehen. Trotz dieser Unterschiede wird ein einheitliches Vorgehen immer wichtiger. In Bezug auf gemeinsame Positionen in der NATO zeigen sich Kooperationsmöglichkeiten insbesondere im Bereich der Cybersicherheit sowie bei der gemeinsamen Bekämpfung wirtschaftlicher Übergriffe seitens Chinas. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die USA und Europa in Bezug auf China vor der Herausforderung stehen, eine einheitliche NATO-Strategie zu entwickeln. Die gemeinsamen Interessen an einer stabilen internationalen Ordnung machen es jedoch erforderlich, eine gemeinsame Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Aufstieg Chinas zu finden.

Im Gegensatz zur Situation in der Ukraine sind sich die US-amerikanischen Politiker in ihrer Haltung gegenüber China eher einig. Allerdings gibt es Unterschiede in ihren Ansätzen zur Bekämpfung der wachsenden Bedrohung, die von China ausgeht. Die Biden-Regierung fordert ein maßvolles Vorgehen. Außenminister Antony Blinken betonte nach einem Treffen mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Januar 2024 die Bedeutung einer "einheitlichen NATO-Front" zur Bewältigung gemeinsamer Sicherheits Herausforderungen, einschließlich derer, die von Chinas Desinformationskampagnen und Cyber-Bedrohungen ausgehen [31]. Präsident Biden hat jedoch auch deutlich gemacht, dass es keine Stationierung von NATO-Truppen im indopazifischen Raum geben wird, da er eine offene Kommunikation mit China bevorzugt. Der stellvertretende US-Außenminister Kurt Campbell schloss sich dieser Meinung an und erklärte: "Es gibt keinen wirklichen Vorschlag für eine kombinierte Truppe, die die Länder im indopazifischen Raum in formelle Selbstverteidigungsstrukturen nach Artikel 5 einbinden würde" [32].

Senator Marco Rubio (R-FL), ein prominenter Verteidigungspolitiker, fordert eine proaktivere NATO-Strategie und erklärt: "Der Großmächte Wettbewerb zwischen den USA und China ist der wichtigste Wettbewerb des 21. Jahrhunderts [...] Eine starke und geeinte NATO ist ein mächtiger Trumpf im Wettstreit mit Peking" [33]. Seine Einschätzung wird von vielen Mitgliedern des US-Kongress geteilt. Die Betonung ideologischer, wirtschaftlicher und militärischer Bedenken sowie die Art der Reaktion und der Grad der Dringlichkeit ihrer politischen Präferenzen sind jedoch unterschiedlich. Einige Abgeordnete betrachten China, ähnlich wie Reagan die Sowjetunion, als "böses Imperium" und betonen die Notwendigkeit einer militärischen Verstärkung aufgrund der "ernsten, existenziellen Risiken" [34]. Sie befürchten eine ideologische Konkurrenz und warnen: "Wenn Amerika jetzt nicht energisch gegen Chinas Aufstieg vorgeht, wird sich das Land in wenigen Jahren von Chinas militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Macht eingeklemmt sehen" [35]. Andere stimmen zu, dass China eine große Herausforderung für die USA darstellt, aber sind der Meinung, dass eine bessere Wirtschaftsbeziehung die Beziehungen zwischen China und den USA stabilisieren und Spannungen abbauen kann [36].

Während Biden die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Beziehung zwischen den USA und China deutlich gemacht hat, ist der Kongress in seiner Haltung gegenüber China bestimmter. Nur eine Minderheit der Abgeordneten möchte eine Zusammenarbeit mit China oder setzt sich für Diplomatie ein, darunter die überparteiliche Delegation, die Senator Chuck Schumer im Oktober 2023 nach Peking führte [37].

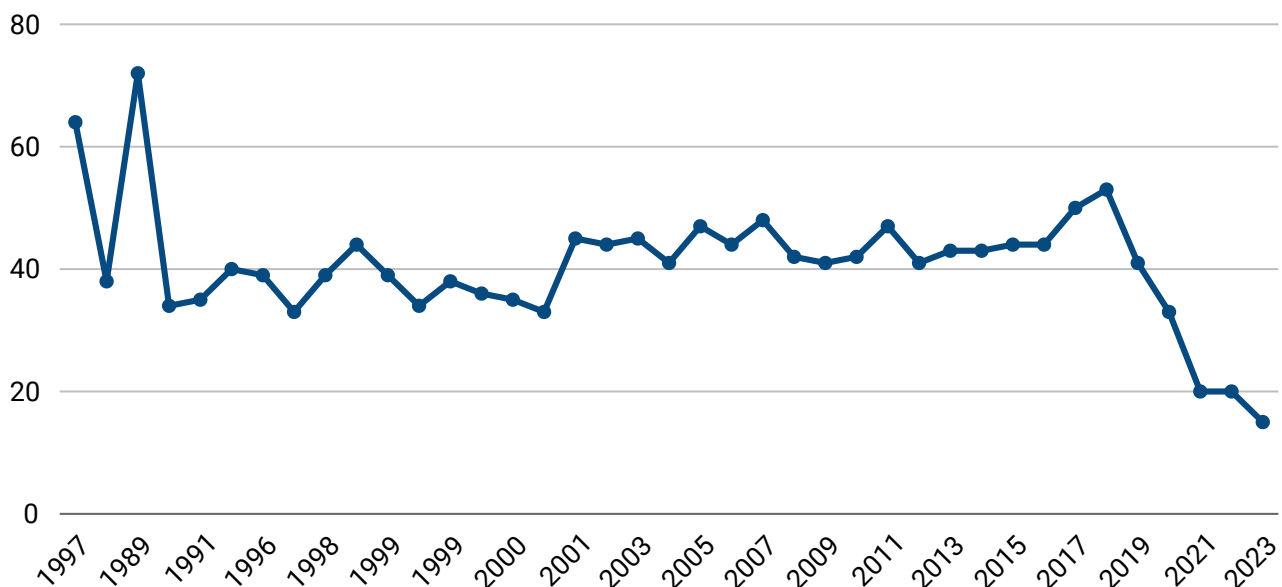
Die Strategie der NATO wird weiterhin diskutiert. Einige Experten befürworten eine entschlossenerere Strategie, die eine verbesserte Beobachtung chinesischer Aktivitäten und eine verstärkte politische Abstimmung mit Verbündeten und Partnern im indopazifischen Raum beinhaltet [38]. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem wirtschaftlichen Einfluss Chinas wird ebenfalls als entscheidend angesehen [39]. Die Bewältigung dieser neuen strategischen Landschaft erfordert jedoch einen Balanceakt. Es gilt, die sicherheitspolitischen Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus dem Aufstieg Chinas ergeben, ohne potenzielle Kooperationsbereiche zu gefährden oder Spannungen zu verschärfen [40]. Die zukünftige Strategie des Bündnisses wird voraussichtlich darauf abzielen, den Dialog mit China aufrechtzuerhalten, während gleichzeitig die kollektive Verteidigung gestärkt wird und mit Partnern zusammengearbeitet wird, um die auf Regeln basierende internationale Ordnung aufrechtzuerhalten.

### 3.2.1. Was hält die Öffentlichkeit von Chinas Bedrohung

Die Ergebnisse einer im März 2023 durchgeführten Studie des Pew Research Centers zeigen, dass eine beträchtliche Mehrheit der Amerikaner (83%) eine kritische Einstellung gegenüber China vertritt, was im Einklang mit den parteiübergreifenden Tendenzen steht [41]. Eine im März 2023 durchgeführte Gallup-Umfrage bestätigte diesen Trend und ergab, dass nur 15 % der Amerikaner eine positive Ansicht über China haben, der niedrigste Wert seit Beginn der Gallup-Umfrage über die Gunst Chinas [42].

#### Graphik 6 Positive Bewertung von China durch die Amerikaner, 1979-2023

Antworten auf die Frage: Wie ist Ihre allgemeine Einstellung zu China? Ist sie sehr günstig, überwiegend günstig, überwiegend ungünstig oder sehr ungünstig?



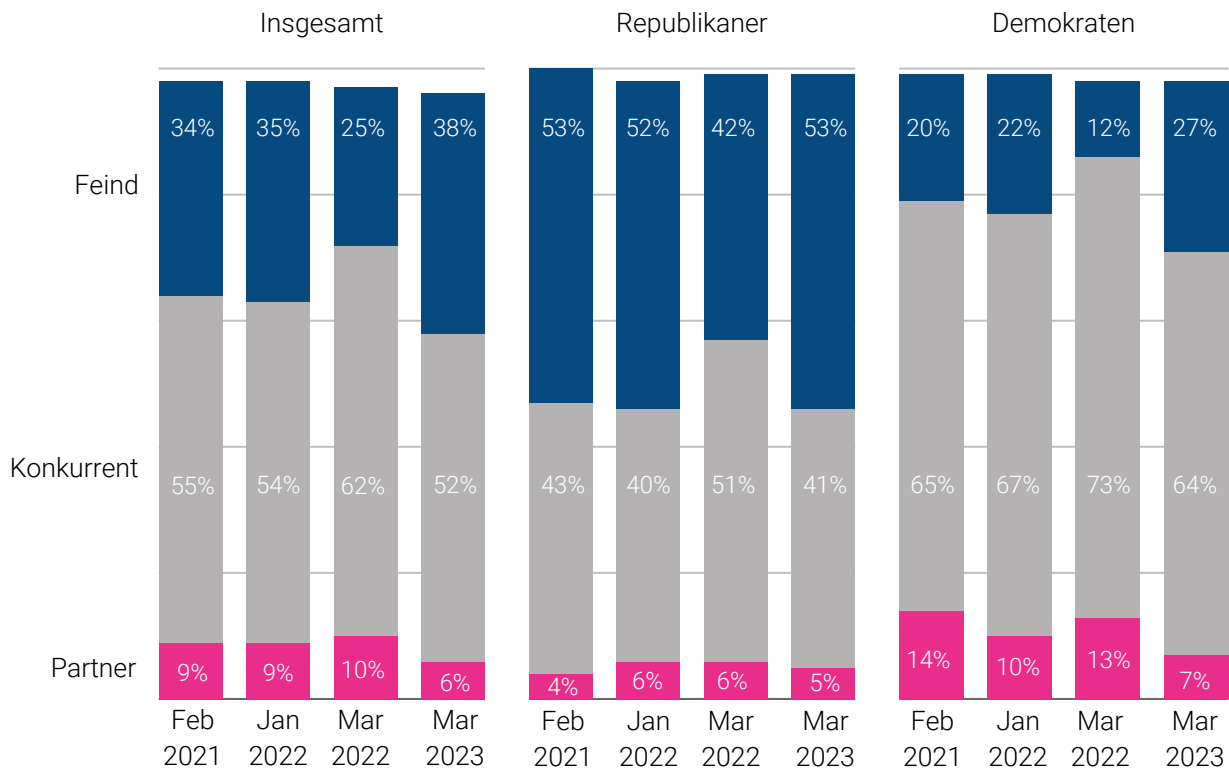
Quelle: Ergebnisse einer 2023 von Gallup durchgeführten Umfrage



Es scheint eine zunehmende Besorgnis ueber Chinas Haltung und Handlungen, wobei die Demokraten China eher als Konkurrenten betrachten, waehrend die Republikaner China als Feind ansehen [43].

### Graphik 7 Etwa die Hälfte der Republikaner sieht China als Feind

Antworten auf die Frage: Sehen Sie China als Partner, Konkurrent oder Feind?



Quelle: Ergebnisse einer 2023 von Pew Research Center durchgeführten Umfrage

Darüber hinaus sind 46 % der Teilnehmer einer Studie des Chicago Council on Global Affairs der Meinung, dass die US-Politik China nicht genug Aufmerksamkeit schenkt. Während die Amerikaner jedoch geteilter Meinung darüber sind, ob die USA oder China mehr wirtschaftliche Macht haben, glaubt eine Mehrheit, dass die USA China in Bezug auf die militärische Stärke überlegen sind [44].

## 4. Wahl 2024: Aussichten für die Zukunft

### 4.1. Wie könnte sich eine zweite Amtszeit Trumps auf das Engagement der NATO und die international Beziehungen auswirken?

Eine zweite Amtszeit von Donald Trump würde erhebliche Auswirkungen auf das Engagement der NATO haben. Trumps unkonventioneller Ansatz in der Diplomatie, der sich durch den Aufbau persönlicher Beziehungen zu gegnerischen Führern wie Putin auszeichnet, deutet auf eine Abkehr von den traditionellen multilateralen Rahmenregelungen hin. Die Behauptung des ehemaligen Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton, dass Versuche, die Befugnisse des Präsidenten bezüglich Truppeneinsätze einzuschränken, zu rechtlichen Auseinandersetzungen führen könnten, verdeutlicht das Potenzial für die Autonomie der Exekutive bei der Gestaltung von außenpolitischen Entscheidungen.

Republikanische NATO-Befürworter äußern sich besorgt über die Befugnis des Kongresses, die Macht des Präsidenten einzuschränken, und betonen die Bedeutung der Beibehaltung einer einheitlichen außenpolitischen Richtung. Trumps Aussagen zu den finanziellen Verpflichtungen der NATO und seine Bereitschaft, Verteidigungszusagen an Bedingungen zu knüpfen, werfen Fragen zum Zusammenhalt des Bündnisses und zur Führungsrolle der USA auf. Darüber hinaus erschwert Trumps bisherige schwankende Haltung gegenüber der NATO und Russland die Vorhersage seiner Position in einer zweiten Amtszeit.

Während durch legislative Maßnahmen versucht wurde, die Möglichkeiten des Präsidenten, sich einseitig aus der NATO zurückzuziehen, einzuschränken, deutet Trumps Neigung zu bilateraler und transaktionaler Zusammenarbeit darauf hin, dass er eher eine Neuausrichtung der Beziehungen zwischen den USA und der NATO als einen direkten Rückzug bevorzugt. Die wachsende Tendenz der republikanischen Politiker und Wähler, Trumps "America First"-Agenda zuzustimmen und zu übernehmen, könnte jedoch bedeuten, dass er auf wesentlich weniger Widerstand stoßen wird als in seiner ersten Amtszeit, wenn er versuchen sollte, die diplomatischen Beziehungen zu Putin zu stärken, Einfuhrzölle zu erheben, die Präsenz der US-Truppen in Asien und Europa zu verringern oder die NATO-Mitgliedschaft der USA zu beenden. So könnte in einer zweiten Amtszeit Trumps der Druck auf die europäischen Verbündeten ihre Militärausgaben zu erhöhen zunehmen während das Engagement der USA in der NATO abnimmt, wodurch sich die Dynamik und die geopolitische Ausrichtung des Bündnisses möglicherweise ändern würden.

#### **4.2. Wie könnte sich eine zweite Amtszeit Bidens auf das Engagement der NATO auf die internalen Beziehungen auswirken?**

Eine mögliche zweite Amtszeit von Präsident Biden wird das starke Engagement der USA in der NATO aufrechterhalten, gestützt durch ein klares Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung und zur Stärkung des Bündnisses. Bidens eindeutige Haltung gegenüber Russland, dass Putins Expansionsbestrebungen eine direkte Bedrohung für die NATO-Verbündeten darstellen, unterstreicht die Priorität, die die Regierung der transatlantischen Sicherheit zuweist. Die Regierung betont eine "Wiederbelebung" wichtiger US-Bündnisse, insbesondere der NATO. Dies wird durch ihre führende Rolle bei der Koordinierung der Reaktion der Verbündeten auf Russlands Krieg in der Ukraine deutlich, was eine Fortsetzung des proaktiven Engagements der Regierung zur Stärkung der Sicherheit und Stabilität der NATO bedeutet.

Es ist zu erwarten, dass in einer zweiten Amtszeit die Forderungen an die europäischen Verbündeten, die Ziele für die Verteidigungsausgaben zu erfüllen und zu übertreffen, bestehen bleiben, um so eine größere Last innerhalb des Bündnisses zu verteilen. Darüber hinaus spiegelt die konsequente militärische Unterstützung der Ukraine durch die Regierung Bidens in Verbindung mit den laufenden Bemühungen um zusätzliche Hilfspakete das Engagement für die Stärkung der osteuropäischen Sicherheit wider.

Die Zusammensetzung des Kongresses wird jedoch eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen den USA und der Ukraine spielen und das Ausmaß der künftigen Unterstützung bestimmen, insbesondere wenn sich die geopolitischen Umstände ändern und die innenpolitischen Prioritäten sich mit der Zeit verschieben.

## Quellen

- [1] "The Truman Doctrine, 1947" (Washington, D.C.: Office of the Historian, n.d.)
- [2] NATO, "NATO and Afghanistan," (NATO, 31. August, 2022). Abgerufen am 23. Mai, 2024
- [3] NATO, "Collective Defence and Article 5," (NATO, 6. Februar, 2024). Abgerufen am 23. Mai, 2024.
- [4] "Artikel 4 Und 5 Im Nato-Vertrag: Gemeinsam Beraten Und Füreinander Einstehen." Bundesministerium der Verteidigung. Abgerufen am 23 Mai, 2024.
- [5] Francesco Pontiroli Gobbi, "NATO in the Aftermath of the Financial Crisis" (Brussels, BE: European Parliament, 3. April, 2013). Abgerufen am 23. Mai, 2024.
- [6] Leonard Schütte, "Trump's Mixed NATO Legacy." Internationale Politik Quarterly. (Maastricht, NL: 24. November, 2020). Abgerufen am 23. Mai, 2024.
- [7] Ibid.
- [8] "The Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) treaty at a glance", (Washington, D.C.: Arms Control Association, n.d.)
- [9] Kali Robinson, "What is the Iran nuclear deal?" (Washington, D.C.: Council on Foreign Relations, 27 November, 2023)
- [10] Leonard Schütte. "Trump's Mixed NATO Legacy." Internationale Politik Quarterly. (Maastricht, NL: 24. November, 2020). Abgerufen am 23. Mai, 2024.
- [11] "A majority of congressmen want more military aid for Ukraine," (Washington, D.C.: The Economist, 20. Dezember, 2023)
- [12] Anne-Marie Therrien-Trembley, "The NATO 2030 Initiative: Overview and implications for Canada," (Ottawa, CA: Library of Parliament, 20 Mai 2022)
- [13] Anthony Blinken, "Secretary Antony J. Blinken and NATO Secretary General Jens Stoltenberg before their meeting," (Brussels, BE: United States Department of State, 3. April, 2024)
- [14] Ibid.
- [15] Lorne Cook and Karel Janicek, "Head of NATO Says No Troops Going to Ukraine as the Kremlin Warns of Wider War," (PBS NewsHour, 27 Februar, 2024)
- [16] Sejal Govindarao, "Texas House Republicans split over whether to send Ukraine aid," (Austin, TX: The Texas Tribune, 18 April, 2024). Abgerufen am 23. Mai, 2024.
- [17] Alexander Bolton, "Vance versus McConnell defines GOP Ukraine fight," (Washington, D.C.: The Hill, 22. April, 2024).
- [18] Alexander Bolton, "Rand Paul: Withdraw Ukraine money if you want to avoid shutdown," (Washington, D.C.: The Hill, 28. September, 2023).
- [19] Alexander Bolton, "Vance versus McConnell defines GOP Ukraine fight," (Washington, D.C.: The Hill, 22. April, 2024).
- [20] Chris Lehmann, "The House Foreign Aid Bills Have Put a Target on Mike Johnson's Back," (New York City, NY: The Nation, 22. April, 2024)
- [21] Miranda Nazzaro, "Graham meets with Zelensky in Ukraine," (Washington, D.C.: The Hill, 18 März, 2024)
- [22] Eric Chenoweth [@EricDChenoweth], "Graham interferes with the carrying out of US foreign policy by negotiating directly with Zelensky," (X, 18. März, 2024)
- [23] Megan Brenan, "More Americans say U.S. is not helping Ukraine enough," (Washington, D.C.: Gallup, 12. April, 2024)
- [24] Craig Kafura and Dina Smeltz, "Americans Continue to Support Military and Economic Aid to Ukraine," (The Chicago Council on Global Affairs, 28. Februar, 2024)
- [25] Ibid.
- [26] Ibid.
- [27] Dina Smeltz, "Majority of Non-Trump Republicans Support Continued Aid to Ukraine," (The Chicago Council on Global Affairs, 29. Januar, 2024)
- [28] Prof. Luis Simón, "NATO's China and Indo-Pacific conundrum," (Brussels, BE.: NATO Review, 22. November, 2023)
- [29] Ibid.
- [30] "NATO Secretary General meets Chinese Foreign Minister in New York," (NATO, 22. September, 2022)
- [31] Anthony Blinken, "Reaffirming and Reimagining America's Alliances, Speech by Secretary Blinken at NATO Headquarters," (Brussels, BE: NATO, 24. März, 2021)
- [32] Igor Patrick, "US, allies have no plan to expand Nato in Indo-Pacific, says No 2 State Department official," (Washington, D.C.: South China Morning Post, 23. April, 2024)
- [33] Sen. Marco Rubio, "A stronger NATO allows America to focus on the threat of Communist China," (Washington, D.C.: Washington Examiner, 2. August, 2022)
- [34] Christopher S. Chivvis and Hannah Miller, "The Role of Congress in U.S.-China Relations," (Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 15. November, 2023)
- [35] Ibid.

## Quellen

[36] Ibid.

[37] Ibid.

[38] "Transatlantic Defense in an Era of Strategic Competition," (Washington, D.C.: Center for Strategic and International Studies, 27. Oktober, 2023)

[39] Josh Lipsky, "Running out of road: China Pathfinder 2023 annual scorecard," (Washington, D.C.: Atlantic Council, 4. Oktober, 2023)

[40] Will Collins, "Perspective: Our country is stretched too thin for looming battles," (Cedar Rapids, IA.: The Gazette, 30. April, 2023)

[41] Christine Huang, Laura Silver and Laura Clancy, "Americans remain critical of China," (Pew Research Center, 1. Mai, 2024)

[42] Megan Brenan, "Record-low 15% of Americans view China favorably," (Washington, D.C.: Gallup, 7. März, 2023)

[43] Christine Huang, Laura Silver and Laura Clancy, "Americans Are Critical of China's Global Role and Relationship With Russia," (Pew Research Center, 12. April, 2023)

[44] Craig Kafura, "Americans Feel More Threat from China Now Than in past Three Decades," (Chicago Council on Global Affairs, 12. November, 2023)

## Über den Autor



### **Emma Lengel**

ist Regionale Kommunikationsreferentin für Nordamerika bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Washington, DC.

## Über die Region

### **Nordamerika**

Das Regionalbüro ist zuständig für Kanada und den Vereinigten Staaten, mit Sitz in Washington, DC, USA. Regionalbüroleiter ist Martin Biesel. Das Regionalbüro führt eine Reihe von Initiativen und Programmen durch, die eine übergeordnete Funktion für die Region besitzen. So fördert beispielsweise das Transatlantische Dialog Programm das politische Gespräch zwischen Deutschen, Amerikanischen und Kanadischen Partnern, liberalen Meinungsführern und Multiplikatoren aus Politik und Gesellschaft.

---

## Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)  
Bereich Internationale Politik  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

